

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Poincarés Niederlage.

Wer wird der Nachfolger?

Paris, 13. Mai. (M.B.) „Echo de Paris“ will von einer besonders gut unterrichteten offiziellen Persönlichkeit erfahren haben, man könne sicher sein, daß Poincaré und seine Mitarbeiter die Ansicht vertreten, daß das gegenwärtige Kabinett seine Demission geben müsse. Allerdings müsse man in Betracht ziehen, daß die gegenwärtige Kammer bis zum 1. Juni legal am Ruder sei. Das jetzige Ministerium werde also bis zu diesem Zeitpunkt die Führung der laufenden Geschäfte behalten.

Paris, 13. Mai. (M.B.) Im Anschluß an die Kombinationen, die gestern abend in den Wandelgängen der Kammer erwogen wurden, schreibt „Havas“: Unter den politischen Persönlichkeiten, die unter den gegenwärtigen Umständen am meisten als Nachfolger Poincarés berufen zu sein scheinen, wird in erster Linie Briand genannt und an seine Teilnahme als Ministerpräsident an zahlreichen interalliierten Verhandlungen erinnert. Auch der Name Herriot wurde ausgesprochen. Viele politische Freunde Herriots erklären jedoch, sie würden für den Augenblick vorziehen, wenn er für den Vorfall der Kammer kandidiere.

Der neue Kurs.

Sozialistischer Amnestievorschlag.

Paris, 13. Mai. (M.B.) Neugewählte sozialistische Abgeordnete haben gestern abend den Präsidenten der Kammer schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, daß sie beim Wiederzusammentritt des Parlaments eine Resolution im Sinne einer uneingeschränkten und vollständigen Amnestie zugunsten der politischen Verurteilten und der von Kriegsgerichten verurteilten Soldaten einbringen werden. Gleichzeitig werden sie die Wiedereinstellung sämtlicher Eisenbahner und Beamten fordern, die wegen Streikvergehens oder aus einem anderen politischen Grunde entlassen wurden.

Die künftige Politik Frankreichs.

Englische Presseäußerungen.

London, 13. Mai. (M.B.) Poincarés überraschende Wahlen Niederlage steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. „Times“ hält es für unermesslich, daß Poincaré einem anderen Premierminister Platz mache, es sei bereits klar, daß die neue französische Kammer stark von der Kammer abweichen werde, die 1919 unmittelbar nach dem Krieg gewählt worden sei. Doch sei es eine bemerkenswerte Tatsache, daß die Grundzüge der Ruhrpolitik Poincarés von seinen Hauptgegnern weder vor noch während der Wahlen angegriffen wurde. Die Mehrheit der Gegner Poincarés sei nicht groß, auch könne der Block der Linken keineswegs als homogener gelten. Die Regierung, die in der neuen Kammer gebildet werde, sei dauernder Gefahren ausgesetzt. Für Europa könnte eine Veränderung in der französischen Politik wichtige Folgen haben, es sei aber noch zu früh, um die verschiedenen Wirkungen zu bestimmen. Es werde angenommen, daß kein großes oder plötzliches Abweichen von der durch Poincaré befolgten Linie stattfinden werde. Fast alle Parteien hätten Mißbilligung oder offen die Ruhrpolitik gebilligt. Auf jeden Fall habe die Regierung, welche in Frankreich jetzt zur Macht gelangt, eine ausnahmswürdige Gelegenheit, bei einer Politik der Wiederherstellung annähernd normaler Bedingungen in Europa mitzuwirken. Der Sachverständigenbericht habe eine Aktionsprogramm für die hauptsächlichsten europäischen Mächte niedergelegt, soweit die britische Regierung in Betracht komme, sei sie sicher bereit, sobald als möglich in enge und freundschaftliche Fühlung mit jeder Regierung zu treten, die in Frankreich gebildet werde, um endlich feste Grundlagen für den europäischen Frieden zu schaffen.

„Daily News“ meint, es würde verirrt sein, zu sagen, daß die Wahlen die Niederlage des Bloc National bedeuten und daß die Masse des französischen Volkes gegen Poincaré ist. Doch scheine das französische Volk eine Veränderung in der Führung zu verlangen und

eine Regierung zu wünschen, die fähig sei, eine Politik zu treiben, die sichtbare Vorteile in die Hand Frankreichs bringe, statt negativer Vorteile im Ruhrgebiet.

„Daily Herald“ erklärt, die Niederlage Poincarés sei in Wirklichkeit auch eine Niederlage für den Präsidenten Millerand. Der Sieg des Blocs der Linken reinige die Atmosphäre von gefährlichen Sturmwolken. Er sei ein Sieg der Vernunft und bessere die internationalen Beziehungen, er mache die Zukunft für alle hoffnungsvoller.

Eine Unterredung mit Painlevé.

Paris, 13. Mai. (M.B.) Der „Eggsthor“ veröffentlicht eine Unterredung mit Painlevé, einem der Führer des Linksblokes, über die künftige Politik Frankreichs. Er sagt, es komme darauf an, die Vorschläge der Sachverständigen weniger dem Buchstaben als dem Geist nach zu erfüllen. Man müsse eine neue Era der loyalen Zusammenarbeit der Völker vorbereiten, damit die moralischen Folgen des Krieges ausgelöscht würden. Eine solche Politik dürfe natürlich nicht einseitig sein. Sie würde eine Unklarheit bedeuten, wenn sie auf einen bösen Sinn des anderen stöße, und man den Versuch mache, die friedlichen Bestrebungen Frankreichs auszunutzen. Die Alldeutschen hätten 1914 das Menschheitsgefühl des französischen Volkes als eine Unterlegenheit der Rasse deuten wollen. Der unerbittliche Widerstand, den Frankreich ihnen entgegenzusetzen habe, habe jedoch deutlich ihren Irrtum bewiesen. Painlevé fuhr dann fort: „Deutschland muß heute wissen, daß ein solcher Irrtum von den grauhaftesten Folgen begleitet wäre. Es kann in Zukunft für Europa und die Welt nur dann den Frieden geben, wenn der Bereitwilligkeit des französischen Volkes jenseits des Rheins ein guter Wille loyalen und konsequenter Erfüllung entspricht.“

Painlevé erklärt weiter, man dürfe die deutschen Nationalisten nicht mit den Ultranationalisten verwechseln. Die Böllische Partei werde auch für die deutsche Politik nicht ausschlaggebend sein, da sie sich aus einer Minderheit zusammensetze. Auf die Frage, was Painlevé von den Kundgebungen in Halle halte, antwortete er: „Das Echo solcher Kundgebungen klingt unangenehm in den Ohren derjenigen, die von gutem Willen befeuert vor der Erregung kriegerischer Leidenschaften zurücktreten. Es handelt sich hier um das beunruhigende System eines Geisteszustandes, der sorgfältig überwacht werden muß. Wir müssen uns aber vor Verallgemeinerungen hüten, da nach meiner Auffassung es ein politischer und psychologischer Fehler ist, wenn man behauptet, daß, weil es in Deutschland einige Böses gebe, sämtliche Deutschen Böses seien und daß ein demokratisches Empfinden in Deutschland nicht bestehe. Dieses Empfinden muß vielmehr bei den Demokraten, die den Versuch machen, ihr Land vor gefährlichen Renanzgefahren zu bewahren, gefördert werden.“

Hinsichtlich des Sachverständigenplanes bemerkte Painlevé: „Die Verbündeten, Amerika einbezogen, haben einstimmig befunden, daß ihnen der Plan auf der gegenwärtigen Grundlage für eine gerechte und praktische Lösung des Reparationsproblems dienen könne. Die Nation, die diese Möglichkeit zu einer gerechten Regelung ablehnen würde, würde in den Augen der öffentlichen Meinung der Welt die größte Verantwortung auf sich laden. Wir wollen nicht, daß Frankreich diese Nation sei. Selbstverständlich verhehlen wir uns nicht die ersten Schwierigkeiten, mit denen die Ausführungen des Sachverständigenprogramms für unsere Sicherheit verknüpft ist. Aber keine dieser Schwierigkeiten ist unlösbar, wenn sie mit der festen Absicht, eine gerechte Lösung zu ermöglichen, in Angriff genommen wird. Frankreich hat aus den grausamen Erfahrungen der Vergangenheit eine begründete Sorge um die Zukunft geschöpft. Es will nichtsdestoweniger, daß sein guter Wille der ganzen Welt deutlich vor Augen geführt werde. Wenn Deutschland zu seinem Unglück die Möglichkeiten eines gerechten und wahrhaften Friedens, die der Sachverständigenplan ihm bietet, zurückweisen würde, dann hätte es allerdings seinem Schicksal überlassen werden. In diesem Falle, so bemerkte Painlevé zum Schluß, würde Frankreich mit der Zustimmung sämtlicher Völker der Gerechtigkeit der gesamten Menschheit zum Siege verhehlen.“

Deutschland und Frankreich.

Nach den Wahlen.

Der große Erfolg der französischen Linken, vor allem der Sieg unserer Genossen, der französischen Sozialisten, hat in Deutschland um so stärkeren Eindruck gemacht, als man sich hierzulande bezüglich der Entwicklung in Frankreich schon einem gewissen Fatalismus hingegeben hatte. Man glaubte nicht an die Sprengung des Nationalen Blocs, nicht an den Sturz Poincarés und erwartete auch für den Fall einer gewissen Verschiebung nach links keine erheblichen Auswirkungen auf die auswärtige Politik. Nun aber ist doch ein Umschwung eingetreten, und er ist so groß, daß er das Interesse neu belebt und sich von selbst die Frage stellt, wie sich durch ihn das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich neugestalten könnte.

Natürlich wäre es grundsätzlich, nun in den entgegengelegten Fehler zu verfallen und sich auf einmal übertriebenen Hoffnungen hinzugeben. Zunächst ist nur so viel sicher, daß der Nationale Bloc geschlagen ist und daß Poincaré gehen muß, nicht aber, was an ihre Stelle treten wird. Es ist möglich, daß sich eine Gruppierung mehr nach der Mitte und nach rechts hin ergibt, an der die französischen Sozialisten keinen Anteil haben, und es ist ebenso möglich, wenn nicht noch möglicher, daß ein Linksbloc gebildet wird mit Einschluß der Sozialisten.

Es ist nicht unsere Aufgabe, den französischen Genossen für ihre weitere Taktik Ratschläge zu geben. Daß wir und mit uns viele Nichtsozialdemokraten in Deutschland auf ihren Eintritt in die Regierung die Hoffnung auf eine tiefgreifende Verbesserung der gesamten europäischen Zustände setzen würden, wissen sie ohnehin. Bieweit diese Hoffnung berechtigt ist — das zu entscheiden kommt ihrem eigenen Urteil zu.

Es ist klar, daß das französische Volk die Ruhrpolitik Poincarés verurteilt hat, und das macht dem französischen Volk schon an sich Ehre. Wäre es wahr, daß Frankreich von unerfährlichem Haß und starrem Vernichtungswillen Deutschland gegenüber erfüllt ist, so wären die Wahlen nicht so ausgefallen, wie sie ausgefallen sind, und der Mann der „produktiven Pfänder“ läge dann heute nicht geschlagen am Boden, sondern er stände als Triumphator da.

Aber man darf sich die Dinge deswegen nicht so vorstellen, als ob das französische Volk bereit wäre; für die Verständigung mit Deutschland jeden Preis zu zahlen, den man in Deutschland für billig hält. Gewiß sind auch viele Franzosen, die diesmal gegen Poincaré gewählt haben, der Meinung, daß Deutschland ein böswilliger Schuldner sei, und gewiß sind auch viele von ihnen von der Sorge vor dem Wiedererwachen des deutschen Militarismus und dem Revanchekrieg erfüllt. Das Reparationsproblem und die sogenannte Sicherheitsfrage werden also nicht ohne weiteres ihre Stacheln verlieren, wenn an Stelle des Nationalen Blocs ein Mittelblock oder auch ein Linksbloc einschließlich der Sozialisten die Herrschaft führt.

Auch die kommende französische Regierung wird also um die Wahrung der französischen Gläubigerrechte und um den Schutz Frankreichs vor wirklichen oder eingebildeten Gefahren besorgt sein, um so mehr als sie einer scharfen Kritik von der nationalistischen Rechten her ausgesetzt sein wird. Ihre Vorsicht wird um so größer sein, je mehr sich Gelegenheit bieten wird, Deutschland als einen nie zahlungswilligen Schuldner und als einen unerhörlichen, nur auf neuen Krieg bedachten Gegner hinzustellen.

Es zeigt sich abermals, ein wie großer Fehler es war, die deutschen Wahlen vor den französischen vorzunehmen. Der Eindruck der deutschen Wahlen hat in Frankreich nur schädlich wirken können, andererseits aber hätte der Eindruck der französischen Wahlen auf breite Massen der deutschen Wähler günstig gewirkt.

Nun ergibt es sich, daß die französischen Wahlen nach links hin, die deutschen nach rechts hin Verschiebungen gebracht haben. Hätte es zu Zeiten der Regierung Wittich keinen nationalen Bloc in Frankreich gegeben, sondern hätten drüben solche politische Verhältnisse geherrscht, wie sie jetzt zu erwarten sind, wer weiß, was alles dadurch den Völkern hätte erspart bleiben können!

Nun schreit die Rechte in Deutschland ihren „Sieg“ in allen Gassen aus und fordert für sich die Führung. Innenpolitisch könnte man gar nichts Lieberes wünschen, als wenn die Sehnsucht der Deutschnationalen nach der Macht Erfüllung fände — sie müßten dann zeigen, was sie können. Aber ob, außenpolitisch gesehen, eine deutsche Rechtsregierung die richtige Antwort auf den Vorkruck in Frankreich ist, das ist eine Frage, die heute selbst manchen politischen deutschen Deutschnationalen — sofern es solche gibt — einige Kopfschmerzen verursachen dürfte.

Sicher ist soviel: die Aussicht auf eine lokale Ausführung der Sachverständigenvorschläge von Seiten Frankreichs ist durch den drüben erfolgten Umschwung außerordentlich gewachsen. Die wirtschaftliche Befreiung der besetzten Gebiete als Vorspiel ihrer vollständigen Räumung ist keine Utopie mehr. Frankreich wird keine „Vorbehalte“ mehr machen. Deutschland darf um seiner selbst willen auch keine machen.

England und Frankreich werden durch den Wahlausfall einander viel näher kommen. Das „Bündnis“ zwischen Macdonald und Poincaré konnte nie etwas anderes sein als eine vom Schicksal erzwungene Vermittlung, hinter der sich eine erbitterte Feindschaft verborg. Die neue französische Regierung wird schon deshalb, weil sie links von Poincaré steht, in England die freundlichste Aufnahme finden.

Vom Bergarbeiterkampf.

In Mitteldeutschland.

Halle, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Für Montag abend hatte eine sogenannte kommunale Reichstamplleitung Konferenz nach fünf Orten des halleischen Bezirks, und zwar Zeitz, Eisleben, Landsberg, Bitterfeld und Ammendorf, einzuwirken. Sämtliche Konferenzen konnten nicht stattfinden, weil die mitteldeutschen Bergarbeiter geschlossen der vom Bergarbeiterverband im Auftrage der Tariforganisation herausgegebenen Parole, sich an wilden Aktionen nicht zu beteiligen, reslos Folge leisteten. Der höchste Versammlungsbesuch war in Ammendorf, wo außer den Referenten sechs Bergarbeiter anwesend waren, und diese Befestigung in einem Kreise, für den rund 20 000 Bergarbeiter in Frage kommen. Nach diesen gescheiterten Konferenzen wollen die Kommunisten nunmehr in öffentlichen Versammlungen ihre Putschabsichten weiter verfolgen. Soweit sich die Lage übersehen läßt, werden auch in diesem Falle die Bergarbeiter nur den Anweisungen ihrer Organisationen Folge leisten.

Dresden, 13. Mai. (M.B.) Zur Lage im sächsischen Seinothlenbezirk wird mitgeteilt, daß bei den zurzeit in Berlin schwebenden Verhandlungen über die Lage im Ruhrgebiet auch die Aussperrung in Sachsen geregelt werden soll. Auch auf den staatlichen Werken in Sachserode wird gestreift, worauf auch dort die Aussperrung erfolgt ist.

Weitere Ausbreitung des Streiks in Oberschlesien.

In Hindenburg hat sich die Besetzung der Donnersmardhütte dem Streik angeschlossen und ist zu 90 Prozent in den Ausstand getreten. Auf dem Vorjagerwerk findet morgen eine Abstimmung über die Beteiligung am Streik statt.

Feste Börse.

Hoffnung auf Lösung der Reparationsfrage.

Die Befestigung der Börse macht weitere Fortschritte. Im Mittelpunkt des Interesses stand das nun fast vollständig vorliegende Ergebnis der französischen Wahlen. Man ist in bezug auf die Regelung der Reparationsfrage recht günstig gestimmt und glaubt unbedingt den Rücktritt Poincarés in den nächsten Wochen erwarten zu dürfen. Befürchtungen in dieser Richtung wird die Börse noch durch die Meldung, die Zusammenkunft Macdonalds und Poincarés sei aufgegeben. Ist man so geneigt, das Wahlergebnis recht günstig zu beurteilen, so ist man an den internationalen Börsenplätzen anscheinend der Meinung, daß die Bildung der neuen französischen Regierung noch recht viele Schwierigkeiten mit sich bringen dürfte. Der Frank setzte deshalb in den Morgenstunden seine Abwärtsbewegung unter Schwankungen weiter fort. Im Berliner Wancerverkehr handelte man um 11 Uhr London gegen Paris mit 60; gegen Mittag kam eine kleine Verbesserung verzeichnet werden und nannte einen Kurs von etwa 78%. Für die Beurteilung der Schwierigkeiten im Bankgewerbe wird dieser Rückgang des Frank recht günstig eingeschätzt, da er im ganzen eine Erleichterung mit sich bringt. Recht optimistisch sieht man auch den morgigen Berliner Schlichtungsverhandlungen im Ruhrkonflikt entgegen und glaubt bereits jetzt eine Entspannung feststellen zu können. Zur Verbesserung der Tendenz trug auch der zweite Ausweis der Golddiskontant bei, der eine gesteigerte Kreditgewährung und eine vermehrte Diskontierung aufweist. Die Lage des Geldmarkts gestaltete sich außerordentlich leicht. Tägliches Geld war zu einem Satz von 1/2 pro Mille recht schwer unterzubringen. So war die Verbesserung des Kursniveaus fast allgemein und erfuhr nach den ersten Notierungen eher noch eine Steigerung. Am Leontienmarkt waren nennenswerte Veränderungen der Anforderungen nicht zu verzeichnen.

So könnte sich leicht das Bild ergeben, daß Frankreich und England Arm in Arm miteinander stehen, nachdem sie ihren Nationalismus verabschiedet haben — gegenüber einem Deutschland, das in den Augen der Welt täglich nationalistischer und reaktionärer wird. Dann könnte es leicht wieder wie einst heißen: „Feinde ringsum! Mag es sein!“ Aber es hat uns schon einmal schlecht bekommen, von Feinden ringsum umgeben zu sein, und wenn wir mit Absicht und Vorbedacht eine solche Situation abermals herbeiführen wollten, könnte uns auch kein Gott mehr helfen.

Republikanische Abwehr.

Halle, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der halle'sche Faschistentag zieht immer weitere Kreise. Den hiesigen Halenkreuzern ist der Kampf gewaltig geschwollen. In der vergangenen Nacht wurden zwei Schaufenscheriden der Buchhandlung des kommunistischen „Klassenkampf“ eingeschlagen. Gleichzeitig durchschwirren sehr handgreifliche Gerüchte die Stadt, daß die „Volksblatt“-Druckerei in einer der nächsten Nächte in die Luft gesprengt werden soll. Diese Gerüchte sind mit Drohungen gegen bekannte Parteigenossen durchsetzt, die den Faschisten in den letzten Tagen entsprechend entgegengetreten sind. Die hiesigen republikanischen Kreise haben das Gefühl, daß sie von den Behörden vollkommen verlassen sind. Aus diesem Grunde ist das Bedürfnis nach republikanischen Sammlungen außerordentlich groß. Es wurde in leitenden Partiekreisen beschlossen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einen großdeutschen Republiktag in Halle für den 11. August vorzubereiten. Entsprechende Schritte sind sowohl beim Vorstand des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Magdeburg wie beim Parteivorstand in Berlin eingeleitet worden. Es ist die Absicht der Sozialdemokratie des halle'schen Bezirks, dem Faschistentag eine Heerschau der Republikaner Deutschlands entgegenzusetzen.

Breslau, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der halle'sche Halenkreuzerunfall ist, wie zu erwarten stand, nur der Auftakt zu weiteren ähnlichen Veranstaltungen in anderen Teilen Preußens gewesen. Für Sonntag, den 18. Mai, wird ein „Deutscher Tag“ in Breslau angekündigt, der mit einer Fahnenweihe des „Stahlhelm“ verbunden werden soll. Schon am Sonnabend soll ein öffentlicher Empfang der auswärtigen Gäste am dem Bahnhof stattfinden. Dann wird für Sonntagvormittag eine öffentliche Parade sämtlicher in Breslau verammelten Stahlhelmgruppen, nationalen Verbände, Regimentsvereine und studentischen Korporationen auf dem Palastplatz mitten in der Stadt angekündigt. In öffentlichen Kundgebungen soll ein Appell durch die ganze Stadt nach dem Festplatz erfolgen, wo dann unter Führung der Aufsicht der Fahnen mit Fahnenkompagnen vorgehen soll. Die militärische Aufmachung des Ganzen wird durch Feldmusikverpflichtung, Aufführung von Geleitkompagnen und ähnlichen Maßnahmen gekennzeichnet. Die Erregung der Arbeiterschaft, aber auch in anderen Teilen der republikanischen Bevölkerung, ist, zumal nach den Vorfällen in Halle, schon heute außerordentlich groß. Der Bund republikanischer Kriegsteilnehmer „Schwarz-Rot-Gold“ hat bereits vor einigen Tagen eine gleichzeitige Kundgebung an anderer Stelle der Stadt einberufen, die zweifellos starke Beteiligung finden wird. Von einschneidenden Anordnungen der Polizeibehörde gegenüber dem angekündigten öffentlichen Umgang der Halenkreuzer mit Fahnen und Musik ist bisher merkwürdigerweise nichts bekannt geworden. Gerade in Breslau, wo die Wahlen auch diesmal wieder eine sehr parteirepublikanische Mehrheit ergeben haben, muß darin eine sinnlose Provokation gesehen werden.

Die blutige Saat von Halle beginnt aufzugehen. Nicht nur aus Halle und Breslau kommen die Meldungen, daß die deutschschönlichen Organisatoren des Bürgerkrieges übermäßig geworden sind. „Deutsche Tage“ sollen in den nächsten Wochen in Eberswalde, in Fürstentum und auch in Berlin vorbereitet werden. Selbstverständlich haben diese „Deutschen Tage“ mit Deutschland und mit dem Schutze des Vaterlandes nicht das geringste zu tun. Die patriotische Maske dient lediglich dem

Zweck, das wahre Gesicht zu verdecken. Die Halenkreuzer, die an diesen „vaterländischen“ Tagen aufgezogen werden soll, ist nur das Symbol konfessionellen Zwistes und nationalen Bruderkrieges, der Deutschland dem Verfall ausliefern würde, wenn es den Gewaltposteln gefänge, ihr Ziel durchzusetzen und Deutschland zum Lummelplatz sinnloser Bandenkämpfe zu machen. Solange der Ausnahmezustand besteht und, wie die Erfahrung von Halle beweist, einseitig sehr gut angewandt werden kann, muß verlangt werden, daß diese Vorbereitungen des Bürgerkrieges unter allen Umständen verhindert werden. Bisher hat die Hysterie in Preußen keinen Boden gefunden, auch die Reichstagswahlen haben gezeigt, daß die Bäume der Deutschschönlichkeit nicht in den Himmel wachsen. Die preußische Regierung wird sich darüber im Klaren sein müssen, daß man von ihr mit Recht erwarten darf, daß sie die Energie, über die sie bisher gegen alle Umsturzbestrebungen verfügt hat, auch weiter anwendet und daß sie sie rechtzeitig anwendet, ehe der Geist der Zerstörung weitere Erfolge aufzuweisen hat.

Aber damit allein ist es nicht getan. Wir wünschen den Ausnahmezustand nicht und wissen sehr genau, daß mit dem Ausnahmezustand Bewegungen nicht beseitigt werden können. Gebannt wird dann die faschistische Gefahr nur, wenn die republikanischen freiheitlichen Massen sich zur Abwehr entschließen. Es muß den Halenkreuzern gezeigt werden, daß die Republik, daß der Wille zu freier Selbstverwaltung und staatlicher Gestaltung in den Massen des Volkes fest verankert ist und durch keine Kadaverparaden, durch keinen Appell an chauvinistische Instinkte beseitigt werden kann. Die Provokationen der neuzeitlichen Barbaren werden die Gegenwehr mahnen, die Faschisten werden sich wundern, welches Echo aus den Massen des Volkes ihnen entgegenkommt. Gegenüber dem rohen und sinnlosen Appell an die Waffen, gegenüber dem vaterlandslösen Versuch, einen Bruderkrieg zu inszenieren, muß der Appell an alle ehrlichen Vaterlandsfreunde, an alle Republikaner gehen: Schließt die Reihen zur Abwehr, schützt die Republik!

Halenkreuzer werden geschützt! Ein „Landfriedensbruchprozeß“.

In der Nacht vom 11. zum 12. Oktober 1923 wurden in Schlei (Schlesien) zwei Arbeiter, die sich ein öffentliches Plakat ansehcn, von Halenkreuzern mit Säcken bedroht; bereits am Tage vorher war ein Arbeiter ebenfalls von Halenkreuzern überfallen worden. Einige Arbeiter folgten den Halenkreuzern und schrien laut, daß sie in dem Hotel „Eröpring“ verschwanden, in welchem an jenem Abend ein Halenkreuzerverein Sitzung hatte. Es kam dann vor dem Hotel zu einer Ansammlung. Ein Halenkreuzer rief aus dem Hotel heraus: „Draußen stehen die 17-jährigen Bauschützen!“ Durch diese Äußerung löste sich der auf der Straße stehende Arbeiter Hebenkreuz bedroht, er trat an den Arbeiter, als dieser heraus kam, heran, stellte ihn zur Rede und schlug ihm eine Ohrfeige. In die immer größer werdende Menschenansammlung mischten sich dann eine größere Anzahl von Arbeitern, die gerade aus der Gefangenschaft des Arbeitergefängnisses kamen. Sie besanden sich auf dem Rückweg zum Haus und wurden durch den Wärm herbeigeführt. Der Arbeiter Meißner schloß sich durch die Äußerung eines anderen Halenkreuzers provokiert und packte ihn an der Brust. Dieser Toßstoß wurde von der Staatsanwaltschaft in Gera als ausreichend angesehen, um gegen 12 Mitglieder des Arbeitergefängnisses Schlei wegen Landfriedensbruchs einzuschreiten. Sechs sollten dabei (sogar Mord) verurteilt werden. Es wurde angenommen, daß der Gefängnisverein einen Überfall auf die Halenkreuzer gemacht habe!!! In der mehrstündigen Verhandlung vor dem Schöffengericht Gera brach die Anklage völlig zusammen. Immerhin beantragte der Staatsanwalt noch nach der Beweisaufnahme die Verurteilung von drei Angeklagten zu je sechs Monaten und von drei weiteren Angeklagten zu je drei Monaten Gefängnis! Halenkreuzer müssen eben geschützt werden.

Der Verteidiger Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, trat dem Antrage des Staatsanwalts scharf entgegen. Er wies nach,

daß von einer öffentlichen Zusammenrottung gar nichts erwiesen sei, daß nicht die Halenkreuzer von den Arbeitern provoziert, sondern daß zuerst die Arbeiter bedroht worden seien und daß höchstens zwei Angeklagte wegen einfacher Körperverletzung bestraft werden könnten. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und sprach zehn Angeklagte frei, während die übrigen beiden lediglich wegen Körperverletzung zu 100 Mark resp. 20 Mark verurteilt wurden.

So erfreulich die Freisprechung auch ist, so bleibt es doch höchst auffällig, daß bei solchem Tatbestand erst ein großer „Landfriedensbruchprozeß“ inszeniert werden mußte.

Der deutsch-russische Konflikt. Demonstrationen in Moskau.

Moskau, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag, dem Jahrestag der Ermordung des Sowjetdelegierten Borowits in Lausanne, wurde vor dem Gebäude des Volkswirtschaftsministeriums ein Denkmal für den ermordeten Diplomaten der Sowjetregierung enthüllt. Bei dieser Denkmalsenthüllung sprachen Titow, Krasin und Tschichserin. Dieser wies in seiner Ansprache auf die Schwere der Lage und die Gefahren hin, denen die Sowjetdiplomatie im Ausland ausgesetzt ist. Vorher hatten sich bereits große Menschenmengen zu einer Protestkundgebung gegen den „Banditenüberfall der deutschen Polizei“ auf die Berliner Handelsvertretung in Moskau versammelt. Der Versuch, vor der deutschen Botschaft zu demonstrieren, wurde von der Ritz unterbunden, die das ganze Stadtviertel abgesperrt hatte.

Auf dem Allrussischen Kongreß der Bauarbeiter hielt Trotzki am Sonntag eine Rede, in der er ebenfalls auf den deutsch-russischen Konflikt einging. Die Sowjetregierung fordere eine sofortige, vollkommene Genugtuung, um die schwer bedrohten, normalen Beziehungen wirtschaftlicher Zusammenarbeitens sicherzustellen.

Moskau, 12. Mai. (DG.) Die „Jawestija“ veröffentlichte die Meinungsäußerungen mehrerer in Moskau wohnender Vertreter der deutschen Geschäftswelt über den russisch-deutschen Konflikt. Es sind dies die Herren Rühl, Gainsberg, Krustus, Barill und Wolf. Sie verurteilen in ihrem von dem Sowjetblatt in wörtlicher Uebersetzung und mit der Nachbildung der eigenhändigen Unterschriften wiedergegebenen Ausführungen die Meinung, daß der sehr bedauerliche Konflikt wohl auf Mißverständnissen zurückzuführen sei und sich ohne besondere Schwierigkeiten werde beilegen lassen. Die „Jawestija“ fügt die redaktionelle Bemerkung hinzu, daß über eine Beilegung erst nach Genehmigung einer ausreichenden Genehmigung seitens der deutschen Regierung diskutiert werden könne. Ferner veröffentlicht das Blatt ein Interview mit dem ehemaligen Redakteur der „Roten Fahne“, Heinrich, der hinter der ganzen Angelegenheit die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als treibende Kraft sehen will. (Dieser infame Anwurf entspricht durchaus dem Charakter der „Roten Fahne“, die nur von der Hege gegen die Sozialdemokratie lebt. D. Red.)

Der Streit um die Handelsvertretung. Das Reichsaußenministerium bedauert — Vorschläge zu Verhandlungen.

Ueber den Zwischenfall in der russischen Handelsvertretung in Berlin sind, wie offiziös mitgeteilt wird, die der Natur der Sache nach zeitrauhenden Ermittlungen und Verhandlungen inzwischen weiter fortgeschritten. Zur Vermeidung ungewünschter Verzögerung ist das vorliegende Untersuchungsergebnis vom Auswärtigen Amt der russischen Botschaft übermittelt worden. Soweit wenigstens in objektiver Hinsicht, Verletzungen von Vorrechten solcher Mitarbeiter der Handelsvertretung festgefunden haben, die das Recht persönlicher Exterritorialität genießen, mißbilligt das Reichsaußenministerium solche Vorgänge selbstverständlich. Zur Beilegung des Zwischenfalls sind der russischen Botschaft entsprechende Erklärungen und Vorschläge zugegangen, die den Gegenstand weiterer diplomatischer Verhandlungen bilden werden.

Besuch in Hildesheim.

Von Hans Wefemann.

In dieser alleherwürdigen hochadlerbestanten Stadt blüht auch heute noch die blaue Blume der Romanik. Hier gibt es noch Wäbe, auf denen Brunnlein rauschen und Linden stehen, unter denen verjüngliche Bäume sitzen und merken, daß es Frühling ist. Fabelhafte altsächsische Häuser stehen überall mit Wäben und Erkern, Wäben und bunten Laufen zeigen heiligenfiguren und treudeutsche Innigkeit, die selbst die Kältepropfanierung des modernen Anhabers nicht entweihen kann. Und erst diese wäbigen, krummen und echt mittelalterlich duffenden Strohe mit ihren dunklen Tormegen und den plötzlichen Wäben auf überhöhten Häfen, auf denen Regen einferpazieren. Und dann diese Namen: Leppner, Konek, Prill, Heden. Die schönste Straße aber nennt sich: Krumme Rotmühl. Es roch dort aber noch faulen Heringen, und an einer Tür sah eine alte schnurrbärtige Frau, die genau so aussah wie Falstaff in der beliebten Szene bei Frau Fuch. Und dann gibt es ein Denkmal, das heißt schäntweg „Der Hudup“ und stellt einen Kobold dar, der einem Kpeßhies in den Rücken springt. So stelle ich mir das kapitalistische Bewußtsein des Mittelalters vor.

Schließlich und natürlich aber geht man zum Dom. Da gibt es den berühmten tausendjährigen Rosenstock und die bronzengetriebenen Türen. Das Schöne aber ist der Domschweizer in seiner roten Robe und mit dem Kardinalsgesicht. Eine Würde hat dieser Mann — es ist schon so, im heutigen Deutschland haben nur noch Hoftheaterschauspieler a. D., Oberkellner von Adlon und Dombühler Knut und Würde, das andere ist bestenfalls — wertlos.

Dann führt man mich zusammen mit einem Turnverein aus Baylen und einem Jungfrauenchor aus Peltzarten a. d. Innerste in den alten Klosterhof. Grabsteine, fröhlich wucherndes Unkraut und sumrende Bienen. Der Führer tut seine erklärende Pflicht. Ich schlüpfte mich in einen stillen Winkel und ergebe mich einer angenehmen Schwermut. Doch oben im norddeutschen Frühlingsblau kreisen zwei Turmfalcken, und ein kleiner Pflaumenkugler flingelt auf dem Dache. Neben mir steht noch ein einsamer Trummer, ein älterer guffäusierter Herr mit einem goldenen Zwicker, der den „Börsekurier“ liest — wir leben in einem ehernen Zeitalter.

Sor mir aber ruht unter Maßlieb und Himmelschiffel der hochwürdige Dombeschant Christian Gottlob Wehmur. Ich habe mir ein paar Maßlieb abgepfiffelt, aber abwesender Bruder Wehmur, ich habe es nicht höre gemeint. Das Leben ist doch manchmal so nicht so schön — Du wirst es jetzt wissen.

Mit dem Marktplatz ist eine Regimentsfeier. Tosaunen schmettern, der General spricht mottig. Er steht gerade vor dem auch sehr hübschen Knechtchenbrunnlein. Ueber ihm aber ist ein Bildnis gemalt: ein Landwehrmann, der sehr freudig seinen

Epfeß, neben ihm aber blüht pausbackig und federbuschig ein rauher Kriegermann die Drommeln. Darunter aber hat der alte Kriegermann geschrieben: „Die Welt will betrogen sein!“ Warum wohl?

Gummistrafen in England.

Die Verwendung von Gummi als Straßenpflaster ist eigentlich nichts Neues. Entsprechende Versuche, die schon hier und da vorgenommen wurden, haben recht gute Ergebnisse gezeigt; aber die allgemeine Anwendung dieses Systems ist nicht zuletzt durch die hohen Kosten verhindert worden. Trotzdem hat es nunmehr den Anschein, als werde der Gummi auf diesem Gebiete doch eine immer bedeutsamere Rolle spielen. So ist es vor kurzem in England ein beachtenswertes Experiment mit Gummipflaster vorgenommen worden: in Manchester ist in der äußerst verkehrsreichen Oldham Street ein Versuchsstreife von 150 Fuß Länge mit Gummi gepflastert worden. Die genannte Straße wurde gewählt, weil sie ziemlich schmal ist und der regen Verkehr darin sich auf einen sehr engen Raum zusammenhängt, so daß der Bodenbelag außerordentlich stark in Anspruch genommen wird.

Die zur Verwendung kommenden Gummipflaster sind mit Hilfe einer eigenartigen Stahlsäge geschnitten, um so ein Bestreuen des Gummis zu verhindern, und jede Gummipflaster ist an der nächsten mit Stahlschienen befestigt, denn gerade dieses Ausschren und Bestreuen war bisher eine der unangenehmsten Nachteile der Gummipflasterung. Die Gummischieben werden auf einen feinen Untergrund gelegt und darauf mittels einer asphaltartigen und wasserdichten Masse befestigt. Reparaturen an Straßenbahnschienen können ohne Verlegung der Gummipflasterung ausgeführt werden.

Die Sachverständigen rühmen diesen eigenartigen Straßenbelag die größte Widerstandsfähigkeit und unbegrenzte Haltbarkeit nach. Er widersteht metallischen Rädern, und die Fußsohlen der schwersten Pferde können ihm nichts anhaben. Während Wäbe aus Dampfswagen usw. vertragen die Oberfläche dieser Gummipflaster nicht so vertragen. Diese Vorteile werden noch durch die größere Sauberkeit und die Abdämpfung des Verkehrslärmes verneint. Für die lange Lebensdauer von Gummipflaster ist es, daß z. B. das Gummipflaster im Pariser Nordbahnhof vor mehr als 30 Jahren gelegt wurde und noch heute in ausgezeichnetem Zustande ist. In England wurden ferner im Jahre 1876 in St. Pancras und 1881 in Euston Gummipflaster angelegt, während die gummipflasterte Eingangshalle des Midland-Hotels in Manchester vor 20 Jahren fertiggestellt wurde. In allen diesen Beispielen ist der Gummibelag noch heute durchaus gut erhalten.

Hermann Kerschmar 7. Hermann Kerschmar ist am Sonntagabend an den Folgen einer Operation gestorben, nachdem er schon am zwei Jahre in Krankheitsgenesseit geliebt hatte. Mit ihm ging ein Mann von geradezu mächtigem Reichum und militärischen Willens dahin. Er ist in der Ueberfälle von Ostpreußen und Bannern nur mit Romanen zu vergleichen, doch unterschied ihn von dem ganz auf theoretische und geschichtliche Probleme eingestellten

Längiger Forscher der immer wache Sinn für die künstlerische Praxis. Seit ein respektvoller Dirigent, hat er in seinem Seminar stets den Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis betont und seine Schüler zu den gleichen Doppelleistungen angeregt. Kein Forscher der letzten vier Jahrzehnte hat nicht von ihm als Schüler Anregungen empfangen. Er war einer der ersten Ordinatoren für Musikgeschichte, zuerst in Leipzig, dann in Berlin, in Berlin auch gleichzeitig Direktor der Hochschule und des Instituts für Kirchenmusik. Er übte also als Einziger mit unauflöslicher Kraft die Stellung aus, die seit wenigen Jahren Albert Diel, Schreier und Schünemann zusammen bekleiden. Ueber Kreisbücherei, Gole, phäonographisch-wissenschaftlich zu arbeiten und demnach in Sprache und Form den Künstler zu dokumentieren, belehren alle seine Werke, vor allem die Geschichte der Oper, die Torsio geschriebene Geschichte des Lebens und sein weltbekanntes Führer durch den Konzertsaal, der für Musiker, Forscher und Liebhaber in gleicher Weise ein großartiges Bodemerkmal durch das Gesamtgebiet der Musik geworden ist. Sache von Geburt, führte ihn seine akademische Karriere von Rostock über Leipzig nach Berlin. Er war u. a. einer der Gründer der Bachgesellschaft, gab die Handbücher der Musikgeschichte heraus und arbeitete an den „Denkmälern deutscher Tonkunst“ mit. Ein unerschütterlicher Verfall für die musikalischere Jugend und für die Musikwelt überhaupt!

Ein Jerbe-Holocaust Vortragsfilm führte (in der Technischen Hochschule) in das Land der Winternachtsonne. Die Landschaftsaufnahmen von bestirrender Schönheit waren eine wirkliche Augenweide. Der Zuschauer wurde an die natürlichen Schriftsteller erinnert, und er erhielt durch die Natur selbst die eindrucksvolle Illustration zu manchen gelehrten Worten. Ein großer Raum in seinem Fach hatte die Kermest photographiert. Man sah Jungtiere in ihrer inopitischen Drolligkeit, aber man gewahrte auch, wie der Mensch anzieht, um alle Tiere seines Reiches sich nutzbar zu machen, was oft erst nach schweren Kämpfen gelingt. Nicht nur der Film, sondern auch der alles gut erläuternde Vortrag fand vollen Beifall.

In der Göttinger Hochschule wird der Reichstag am 17. Mai und am 24. Mai abgehalten.

Vorträge. Dr. Gustav Wagners Vortrag am 18. Mai, 8 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Göttingen, 12. über „Politik und Weltanschauung“; am 22. Mai, 8 Uhr, über „Wesen und Wert der Religion“; am 29. Mai, 8 Uhr, über „Kritik an der Gegenwart“.

Die Besetzung der Delegation der Reichstagskommissionen. Die Besetzung der Reichstagskommissionen. Die Besetzung der Reichstagskommissionen. Die Besetzung der Reichstagskommissionen.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn.

In allen Dienststellen des gesamten Reichsbahnbetriebes werden die Betriebsräte neu gewählt, und im gleichen Wahlgang finden die Wahlen zu den Betriebsvertretungen bei den Reichsbahndirektionen (Bezirksbetriebsräte) und beim Reichsverkehrsministerium (Hauptbetriebsrat) statt. Infolge der Eigenart dieses dreistufigen Systems von Rätekörpern, das in wohlgeordneter Zusammenarbeit der einzelnen Stufen zu einem Organismus verbunden ist, und wegen der wichtigen Stellung der Reichsbahn innerhalb der Organisation der Wirtschaft haben diese Wahlen eine besondere Bedeutung, heftiger noch als in anderen Industriezweigen sind die Mandate umstritten, denn größer als anderwärts ist der Einfluß, den die Betriebsräte in der Arbeiterkraft der Reichsbahn ausüben können.

Dieser Umstand ist auch von den Kommunisten erkannt worden, die daher den Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Seit Jahren bemühen sie sich um einen maßgebenden Einfluß in den Reichsbahnbetriebsräten, aber in jedem Jahre traten sie in einem anderen Gewande und unter anderem Namen auf. Aus den „revolutionären Betriebsräten“ des Jahres 1922 waren im vorigen Jahre „oppositionelle Listen“ geworden, die zum Teil in Verbindung mit der gelblichen Reichsgewerkschaft der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter (R.H.A.) zustande gekommen waren. Das Jahr 1924 brachte als letzte Neuheit auf diesem Gebiete den besonderen kommunistischen Eisenbahnerverband. Dieser „Freie Eisenbahnerverband“ tritt aber auch nicht überall mit offenem Bistier hervor. Nur in den Dienststellen und Eisenbahndirektionsbezirken, wo er sich stark genug fühlt, nimmt er unter seinem Namen an den Rätewahlen teil, während er in anderen Bezirken und zum Hauptbetriebsrat eine Liste der „Bereinigten Eisenbahneropposition“ zusammenzubringen sucht, an der neben Mitgliedern des R.H.A. auch „oppositionelle“ Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes — genötigt durch die für sie als Kommunisten bindenden Moskauer Parolen — beteiligt sind. Aber selbst diese Hilstruppen, die der R.H.A. zum Zwecke der Bekämpfung des Deutschen Eisenbahnerverbandes aus dessen eigenen Reihen zu werben sucht, reichen nicht aus, um die nötige Zahl von Kandidaten zur Verfügung zu stellen, und daher haben die Kommunisten, um die Wäden auszufüllen, zur Fälschung gegriffen. In mehreren Fällen konnte ihnen nachgewiesen werden, daß die Kandidaten, die auf ihren Listen genannt werden, vor der Aufstellung nicht befragt und die Bestimmungen zur Kandidatur nicht von den Kandidaten selbst unterschrieben worden sind.

Außer dieser „Bereinigten Opposition“ mit ihren blöden Passagieren stehen dem D.E.V. die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der zum Gewerkschaftsring gehörende Allgemeine Eisenbahnerverband im Wahlkampf gegenüber. Die Christen haben wesentlichen Anhang nur im Westen und in Süddeutschland. Der A.E.V. tritt in fast allen Landesstellen in Erscheinung, ist aber im ganzen bedeutungslos; er existiert eigentlich nur von dem, was die anderen Verbände übrig lassen. So ist er in letzter Zeit eine Verschmelzung eingegangen mit derselben „R.H.A.“, die noch im vorigen Jahre Arm in Arm mit den Kommunisten wandelte. Eine gewisse Bedeutung empfangen beide Organisationen nur dadurch, daß sie mit dem D.E.V. gemeinsam Parteien des Lohn- und Tarifvertrages für die Arbeiter der Reichsbahn sind. Ihre einzige Leistung aber besteht darin, daß sie — hierin sind sie den Kommunisten ähnlich — nur zur Zersplitterung der Kraft der organisierten Eisenbahner beitragen.

Bei den Betriebsrätewahlen der letzten Jahre beherrschte der D.E.V. freis die Situation. Er erhielt 1921: 75,95 Prozent, 1922: 72,23 Prozent, 1923: 71,64 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Der Prozentanteil der G.D.E. und des A.E.V. an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ging in diesen drei Jahren im gleichen Maße zurück, und alle die Mißvergnügten aus allen Verbänden sammelten sich unter der republikanischen Fahne der Kommunisten, die 1921 noch nicht in Erscheinung traten, 1922: 7,17 Prozent und 1923: 12,26 Prozent der Stimmen erhielten.

Die Kräfte für diese Zersplitterung der Kräfte tragen die Arbeiter der Reichsbahn. Der Abwehrkampf gegen die Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen, die den Eisenbahner im Laufe des letzten Winters von der übermäßig gewordenen Verwahrlosung zugemutet worden sind, wäre wirksamer gewesen, wenn die Eisenbahner bei der Verwaltung als eine einzige geschlossene organisierte Macht gegenübergetreten wären. Aber auch in diesem Jahre haben die Eisenbahner schwierige Aufgaben von weitestgehender Bedeutung zu lösen. So ist die Regelung der Arbeitszeit bei der Reichsbahn noch nicht abgeschlossen; weitere Verhandlungen, deren Gegenstand vor allem die Dienstbauernordnungen sein werden, stehen bevor. Hinter diesen Verhandlungen steht der D.E.V. mit seiner ganzen Macht, bereit, diese ganze Macht mit allen Mitteln für die Durchführung seiner Forderungen einzusetzen. Auch die Umwandlung der Deutschen Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens wird nicht ohne starke Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis der Arbeiter und Beamten der Reichsbahn bleiben. Daher besteht die Aufgabe, die die Arbeiter der Reichsbahn bei diesen Betriebsrätewahlen zu erfüllen haben, vor allem darin, das Ansehen und die Bedeutung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der einzigen tatkräftigen und zugleich maßgebenden Interessensvertretung der Arbeiter der Reichsbahn, zu stärken und jede Zersplitterung zurückzuweisen.

Die Arbeitszeitfrage der Metall-Angestellten.

In der Metallindustrie Groß-Berlins hatte sich in der Frage der Lösung von Ueberarbeitszeit und deren Bezahlung info-

fern ein unhaltbarer Zustand herausgebildet, als die Christliche Angestelltenorganisation, der Gedag, mit dem B.M.A. ein Sonderabkommen geschlossen hatte, das die U.A.-Verbände und auch die Hilfs-Dunderischen Organisationen nicht anerkennen konnten. Die Verbände erzielten vielmehr beim Schlichtungsausschuß einen Spruch, der gegen das Gedag-Abkommen Verbesserungen enthielt. Bei der praktischen Anwendung dieser beiden verschiedenen Arbeitszeitregelungen ergaben sich jedoch solche Schwierigkeiten, daß es geboten erschien, zu einer einheitlichen Regelung zu kommen. Das ist nun in den gestrigen Verhandlungen gelungen.

Die Reihe vom Werkmeisterverband in der Funktionärsversammlung der U.A.-Angestellten gestern berichtete, wurden die Ausschlußbestimmungen des Gedag-Abkommens durch die konkrete Entschädigungsfrage festlegende Bestimmungen des U.A.-Schiedsspruches ersetzt. Die Bezahlung für die Ueberstunden muß mindestens $\frac{1}{100}$ des Monatsgehalts betragen. Der B.M.A. hat sich hierbei zu einer durchaus loyalen Auslegung des Begriffes „mindestens“ verpflichtet und zugegeben, daß $\frac{1}{100}$ nicht die Regel bedeuten soll. Den Angestelltenvereinigungen und den Organisationen ist die Mit-

Bergarbeiterhilfe!

Der Arbeitskampf im Ruhrgebiet, der jetzt den Bergknappen ausgezwungen wurde, ist nicht eine besondere Angelegenheit der Bergarbeiter. Im

unsere Sache

geht der Kampf, um die Kulturfrage der gesamten deutschen Arbeiterschaft, die im wesentlichen die Frage

des Achtstundentags

ist, die Frage, wieviel Zeit uns für uns selber bleibt zur Bildung, zum Sport, zum Familienleben, zur Beteiligung am öffentlichen Leben, zur Betätigung in Gewerkschaft und Partei, zur Geselligkeit, kurzum zum Kulturleben.

Die Bergarbeiterhilfe

ist darum das Gebot der Stunde, der Prüffstein unseres Klassenbewußtseins, unserer Solidarität!

wirkung bei der Bezahlung der Ueberstunden gesichert. Es ist ferner in der neuen Vereinbarung der Angestelltenvertretung das Recht eingeräumt worden, die Anordnung von Ueberarbeitszeit über 54 Stunden hinaus von ihrer Zustimmung abhängig zu machen. Einschränkung ist hierfür in der Vereinbarung allerdings gefügt, daß die Wirkung des Angestelltenrates nur in Betrieben mit mehr als 50 Angestellten erforderlich ist, falls die Anordnung von Ueberstunden für einen erheblichen Teil der Gesamtangestelltenchaft erfolgen muß. Auch diese Bestimmung enthielt das Gedag-Abkommen nicht.

Die Verhandlungen wegen der Erhöhung der Reizehälter um die geforderten 10 Prozent zerbrachen sich, da der B.M.A. jede Gehaltserhöhung prinzipiell ablehnt. Bezüglich der Gehaltszahltermine ist vereinbart worden, daß im Mai am 21., im Juni am 25. und im Juli am 29. gezahlt werden soll.

Nach kurzer Aussprache gab die Versammlung zum Arbeitszeitabkommen ihre Zustimmung. Der Wortlaut des Abkommens und die Gehaltsätze für April sind beim B.M.A. erhältlich.

Der Lohnstreik in der Musikinstrumentenindustrie.

Für die Musikinstrumentenindustrie hätte der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 5. Mai einen Schiedsspruch. Der Lohn eines Facharbeiters soll 84 Pf. betragen und die übrigen Lohn- und Akkordätze, die in der Woche vom 20. bis 27. März bestanden haben, um 40 Proz. erhöht werden. Während die Arbeiterchaft der Musikinstrumentenindustrie diesen Schiedsspruch annahm, lehnten die Arbeitgeber den Schiedsspruch ab. Einen Vergleichsvorschlag der Arbeitgeber, der eine Lohnhöhung von 15 bis 20 Proz. vorsieht, lehnten die Arbeitnehmervertreter ab, weil sie an dem Schiedsspruch festhalten. Ein zweiter Vergleichsvorschlag der Arbeitgeber vom 10. Mai besagt: Die ersten beiden Lohnwochen der strittigen Zeit sind durch die Abschlagszulagen erledigt. Ab Beginn der tausenden Lohnwoche (das ist ab 8. bzw. 9. Mai), werden die am 17. April bezogenen Löhne und Akkordätze um 20 Proz. erhöht. In den Betrieben, in denen diese Regelung eine nicht angemessene Entlohnung ergibt, kann die Nachprüfung der Schlichtungskommission verlangt werden, insbesondere, sofern der Stundenlohn 80 Pf. nicht übersteigt.

Da nun diese Vergleichserklärung keinen Tariflohn vorsieht und die Grundlage des Schiedsspruches vollständig vernichtet, mußte sie von Arbeitnehmersseite ebenfalls abgelehnt werden. Die gestrige Funktionärsversammlung billigte die Haltung der Organisationsvertreter und wies das Angebot der Arbeitgeber zurück. Sollte durch Vereinbarung eine gerechte Lösung in bezug auf eine gestaffelte Zulage nach Verdienstgrenzen möglich sein, so sind entsprechende Vereinbarungen zu treffen, die jedoch den Schiedsspruch in seiner Lohnhöhe nicht beeinträchtigen dürfen.

Der Landarbeiterstreik in Ostpreußen hat auf den Kreis Marienwerder übergegriffen. Verhandlungen, die am Sonntag geführt wurden, um noch in letzter Minute einen Streik abzuwenden, sind erfolglos geblieben.

Köln und seine Messe.

A. S. Köln, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Amitten einer schweren wirtschaftlichen Depression, die, durch die Kreditkrise und die Erweichung der Kaufkraft der breiten Massen herausgeschworen, erst noch in Anfängen ihrer Entwicklung steht, öffnete heute die Stadt Köln die Pforten ihrer Messehäuser zum ersten Male. Daß der Versuch unter so ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen gemacht werden mußte, war gewiß nicht die Schuld ihrer Urheber. Bis auf das Jahr 1919 ging der Plan zurück, in der alten Rheinischen- und Handelsstadt eine Warenmusterschau zu veranstalten. Immer wieder mußte seine Verwirklichung hinausgeschoben werden. Zuletzt waren es die Wirkungen des Ruhrkampfes auf Verkehr, Handel und Industrie, die die Durchführung des Planes verhinderten. Jetzt steht, durchflutet von vielen Tausenden neugieriger Besucher — unter denen sich nur wenige Kaufleute und noch weniger Kaufkräftige befinden — die Gruppe prächtiger, massiver Ausstellungshallen auf demselben Gelände am Bahnhof Köln-Deutz, das früher die Werk und Ausstellung trug. Und während hier die schaulustige Menge die Pracht der kapitalistischen Warenerzeugnisse in all ihrer Buntheit und Mannigfaltigkeit an sich vorbeiziehen läßt, sind, kaum eine Stunde Bahnfahrt entfernt, die Hunderttausende der Bergarbeiter im Kampf um das Recht, mit auskömmlichem Lohn und gerechter Arbeitszeit die zum Leben so notwendigen Waren kaufen zu können, die hier mancher Verkäufer, resigniert ab des geringen Erfolges, feilbietet.

Die Eröffnungsfeier, die, künstlerisch umrahmt und an der historischen Stätte des Gürzenich abgehalten, durch die Reden des Kölner Oberbürgermeisters Ahenauer und die Erwiderung des Reichspräsidenten und des preussischen Innenministers Genossen Seevering und in dem spontanen Mitgehen des zahlreichen Publikums zu einer erhabenen Rundgebung für die Einheit des Reiches wurde, war freilich von dem durch die ökonomische Situation gebotenen Pessimismus frei. Die Kölner können freilich auf ihr Werk stolz sein, und auch die deutsche Arbeiterschaft wird es begrüßen, wenn die Bestrebungen zur Erschließung des internationalen Marktes an dieser Stelle Erfolg haben. Mit Recht konnte man darauf verweisen, daß ein hoher Ruh dazu gehört, ein solches Ausfallstor für den deutschen Export nach dem westeuropäischen Handel zu schaffen in einer Zeit, wo das Land unter fremder Gewalt steht und die Fesseln der Besetzung eine intensive Produktion ebenso behindern wie eine Entlohnung des Absatzes.

Allerdings ist die Absatzkrise, die sich besonders in der Textilindustrie immer deutlicher ausprägt, gerade für Produzenten und Händler ein harter Antrieb zur Entlohnung höchster Werbetätigkeit. Der Andrang der Verkäufer ist stark, den zahlungsfähigen Käufer muß man heute mit der Suppe fischen. Die Abschlässe erfolgen mit längeren Zahlungszielen, meist mit 30 Tagen Zahlungsfrist. Soweit ist die Entwicklung gesund. Der Kreditverkehr kommt wieder auf. Aber was das Schlimme ist: Der Detailist findet keine Käufer. Der Kredit, der ihm die Zahlung erleichtert, ist auf das Notwendigste beschränkt. Infolgedessen geben die Zahlungen nicht regelmäßig ein. Ueber die Außenstände kann der Produzent nicht verfügen, weil er nicht weiß, wann und ob er sie überhaupt bekommt. Der Umsatz schrumpft zusammen, während die Handlungsunkosten wachsen oder sich mindestens gleichbleiben. Einer Preisverhöhung, wie sie bis in die letzten Wochen hinein immer wieder versucht wurde, stehen das Erweichen der Kaufkraft der Verbraucher und die wachsende Konkurrenz derjenigen Produktions- und Handelskreise gegenüber, die um jeden Preis Geld brauchen und deshalb auf Ware verschleudern. So sind Produktion und Verteilung ein Zeichen der beginnenden und sich immer rascher ausbreitenden Krise.

Technische Wahrnehmungen werden auch aus anderen Branchen berichtet. Die Folge ist, daß mit einem wesentlichen Absch nicht gerechnet werden kann. Vielleicht kommt er in einzelnen Spezialgewerben zustande, wenn der Schwarm der Neugierigen sich versflogen hat und nur noch ernsthafte Käufer bleiben. Vielleicht wird der beste Teil der Messe überhaupt nur die Uebersicht über den Markt sein, die Anbahnung von losen Geschäftsbeziehungen, die sich erst in ferner Zukunft auswirken werden, wenn die notwendige Bereinigung der Wirtschaft von produktions- und kapitalschwachen Unternehmungen erfolgt ist.

Sedenfalls ist der Versuch der Erweiterung des Absatzes jetzt gemacht, und man kann ihm nur Erfolg wünschen. Der erste Meßtag war ja erst ein Tag des Schauens und der an dieser Stelle gewiß nicht überflüssigen Feier. Zum ersten Male war der Reichspräsident seit der Besetzung in Köln. Ihm, als dem Repräsentanten des Volkes und der Reichseinheit, wurde manche herrliche Ovation zuteil. Schwarzgoldene Fahnen wehen allerwärts, mehr oder mindestens stärker ins Auge fallend als oft bei schwererem Anlaß in der Gasse Berlins, wo Salentanz und Schwarz-Weiß-Rot um so mehr sich breitmachen, als man das besetzte Gebiet — vergißt. Dieses Politische, dazu der Wagemut der Veranstalter, war das Erfolgreichste des ersten Tages.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Kurt Salmons; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöler; Redaktion: Dr. John Schifowski; Hotels und Gasthöfe: Fritz Karst; Anzeigen: H. Giese; Illustration: Berlin; Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin O. B., Lindenstraße 2.

Wäschepracht
Die gute reine Kernseife
66% Fettgehalt.
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher Güte! Ohne schädliche Bestandteile!
Stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.
Berlin NO 35, Colmarer Straße 3-9.

Gabardine
130 br. r. Wolle.
8.50 M., 9.75 M.
Kostüm-, Kleider-,
Fattersstoffe be-
deutend unt. Preis.
Haarpuder
Schönheit, Glanz, 2
a. d. Gruecewaldstr.

Eleg. Herren-Garderobe
in guter Verarbeitung
und tadellosem Sitz
bei **3 Mark**
wöchentlicher Teilzahlung
liefert
Central-Garderobenhaus
Waldmeisterstraße 3, 1.

Ihre Hosen
kaufen Sie am besten und
realisten, wenn Sie zum Fach-
mann gehen, da er Wert auf
guten Sitz und Verarbeitung
legt. In Ihre Hosen von
den besten bis zu den
besten zu niedrigen Preisen,
da keine Extrapoliten, Stoffe
im Einzelverkauf und zur
Kontrolle nach Maß stets am
Vogel, J. Bukofzer, Schneider-
meister, Al. Frankfurt Str. 3

**Ruhe-
betten 20 M.
Klub-
garnit. 170 M.
Chaiselong. 12 M.
Naukolln.
Ansohraderstr. 2**

Wohnungsaussch im u. nach Berlin
sowie von Berlin
nach auswärtig
am schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner Wohnungsanzeiger
als einzige Spezialzeitung für möblierte
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.
Verband mit d. „Gr-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäfteverkäufe
Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben.
Verlag und Hauptanzeigenannahme:
Zeitungsverlag (Z.V.) Aktiengesellschaft
Jerusalem Str. 5/6 • Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

Wollen Sie Ihren Bedarf in Herren-Kleidung wirklich gut und preiswert decken, so empfehlen wir Ihnen hierfür den Besuch der am hies. Platze bestrenommierten Firma **Carl Zobel**
Größte Auswahl • Gediegene Arbeit
Wirklich billige Preise!
EIGENE WERKSTATT • BERLIN SO, Köpenicker Strasse 121 Ecke Michaelkirchstr.